

Vorwärts

10 Pfennig

Montag

8. März 1926

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Doctoris-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 291

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Sonntag des Volksbegehrens.

In Berlin bisher 307 000 Eingetragene, davon 164 000 am Sonntag.

In Berlin haben sich bisher 307 026 Personen eingetragen. Die Eintragungsziffern betragen am Sonnabend 56 385, am Sonntag 164 952.

Eingetragen wurden am Sonnabend und Sonntag (in Klammern die Summen aus den vier ersten Eintragungstagen Donnerstag bis Sonntag) in den Verwaltungsbezirken:

- Mitte 3249, 11 997 (20 506);
 - Tiergarten 3275, 10 830 (19 105);
 - Wedding 7856, 20 605 (38 865);
 - Prenzlauer Berg 6086, 17 355 (31 457);
 - Friedrichshain 7016, 18 002 (34 740);
 - Kreuzberg 6768, 18 078 (35 880);
 - Charlottenburg 2151, 9243 (15 147);
 - Spandau 1395, 3856 (7404);
 - Wilmersdorf 917, 3231 (5614);
 - Jehlendorf 88, 550 (823);
 - Schöneberg 1795, 7562 (13 034);
 - Steglitz 533, 2948 (4535);
 - Tempelhofer Feld 629, 2122 (3869);
 - Neukölln 5310, 17 125 (32 351);
 - Tempelhof 1804, 4202 (9402);
 - Röpenick 1158, 2657 (5792);
 - Lichtenberg 3800, 5044 (11 682);
 - Wetzelberg 570, 2127 (3620);
 - Pankow 891, 3287 (5914);
 - Reinickendorf 1112, 4031 (7235)
- In ganz Berlin 56 385, 164 952 (307 026).

Der Stand des Volksbegehrens im Reich.

Der erste Märzsonntag.

Der erste Einzeichnungssonntag hat überall starke Beteiligung der Bevölkerung an der Einzeichnung gebracht. In allen Städten, aus denen bisher zahlenmäßige Ergebnisse bekannt sind, ist die Beteiligung am Sonntag auf das Doppelte und Dreifache gestiegen.

Bemerkenswert sind die Ergebnisse in Thüringen. Hier zeigt sich die Empörung der in arbeitslosen Verhältnissen lebenden Heimarbeiterbevölkerung über den Uebermut der Thüringer Fürsten, deren Begehrlichkeit selbst in Rechtskreisen Erbitterung hervorruft.

Zwischenfälle in Breslau.

Breslau, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Zu einem bedauerlichen Zwischenfall kam es am Sonntagabend hier bei einer Kundgebung für die Fürstenernteignung. Die von der Sozialdemokratischen Partei einberufene Demonstration unter freiem Himmel wurde auch von einem Zug Kommunisten beschickt, die einen Wagen mit sich führten, auf dem eine kleine Guillotine mit einem grotesken Henker abgebildet war, der an die Fürstenerntemethoden der französischen Revolution erinnern sollte und auf die Massen einen mehr komischen als ernsten Eindruck machte. Die Schutzpolizei hatte offenbar Auftrag, derartige Schaustellungen zu verhindern, ging dabei aber unter ungeschickter Leitung in übertrieben scharfer Weise vor, indem die Beteiligten die Waffen blank zogen. Mehrere Teilnehmer der Demonstration wurden verletzt.

Obgleich ungünstige Witterung die Demonstrationen und die Agitation für das Volksbegehren hemmt, hat der gestrige Sonntag in Breslau einen Rekord für das Volksbegehren gebracht. Während an den drei ersten Tagen durchschnittlich etwa 4000 Wahlberechtigte sich in die Listen eingetragen hatten, waren es gestern über 8600, also insgesamt über 22 000 Unterschriften, die bisher in der Stadt Breslau zusammengebracht wurden. Auch im übrigen Schlesien geht die Bewegung trotz scharfer Sabotage und Terrorakte durch die ländlichen Großgrundbesitzer und kleinstädtischen Honoratioren erfolgreich weiter.

Glänzende Ergebnisse in Thüringen.

Jena, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) In dem kleinen Thüringen, das mit seinen 1 1/2 Millionen Einwohnern allein sechs ehemalige Fürsten abzufinden hat, schwillt in den letzten Tagen die Volksbewegung für die Fürstenernteignung mächtig an. Nicht nur in der Arbeiterbevölkerung, sondern auch in den Kreisen der Kleinrentner und der anderen Instanzbesitzer, aber auch in den Kreisen der bisher regierungstreuen kleinen Landwirte herrscht rege Anteilnahme, die ihren Ausdruck in einem lebhaften Eintragungsbetrieb findet. Besonders der gestrige Sonntag bringt teilweise einen Hochbetrieb. Aus dem Heimarbeiterdörfern des Sonneberger Spielwarenindustribezirks werden geradezu glänzende Ergebnisse gemeldet: Dort hatte man nämlich für nur 60 Prozent der Wahlberechtigten Listen ausgelegt, so daß neue Listen ausgelegt werden mußten. In dem reinen Bauerndorf Weidenbach haben sich sämtliche Wahlberechtigten in die Listen eingetragen. In Hütten-

reina, einem anderen Bauerndorf, haben sich bis Sonntag über 50 Prozent der Wahlberechtigten eingetragen. Diese Beispiele lassen sich sicher noch in unendlicher Reihenfolge vermehren. In den thüringischen Städten wie Gera, Jena, Apolda, Weimar, Arnstadt, Eisenach usw. herrschte ebenfalls am Sonntag ein lebhafter Eintragungsbetrieb. Bestimmte Zahlen waren bis zur Stunde schwer zu erhalten. Man kann aber sagen, daß sich nach den ersten vier Tagen der Listenauslegung bis jetzt rund 20 bis 25 Prozent aller Wahlberechtigten in die Listen eingetragen haben. Aus einzelnen Orten lassen sich noch folgende Einzelheiten melden: In Jena haben sich bis Sonntag rund 5600 Personen eingetragen, in Erfurt wird die Zahl 6000 ebenfalls erreicht sein. In Hermsdorf haben sich von 1200 Wahlberechtigten 400 Personen eingetragen, in Bürgel 300 von ebenfalls 1200 Wahlberechtigten. Besonders starker Andrang hat in Gera am Sonntag geferricht. In Gera vollzieht sich die Eintragung in 15 Bezirken. In einem dieser Bezirke, einem reinen Arbeiterbezirk, haben sich am Sonntag allein 1000 Personen in die Einzeichnungslisten eingetragen. Bei der allgemeinen Einstellung der Bevölkerung Thüringens macht sich in Thüringen die Sabotage der Rechtsparteien nicht so stark bemerkbar. Man ist hier allerdings einem besonderen Leid dieser Leute auf die Spur gekommen. In den Dörfern trägt nämlich der Gemeindevorsteher die Namen der Wahlberechtigten eigenhändig in die Listen ein. Dieses Verfahren soll bezwecken, daß die Listen deshalb später für ungültig erklärt werden weil die Eintragung nicht selbst vorgenommen worden ist. Somit ist abschließend zu sagen, daß bei der Einstellung der Bevölkerung mit einem günstigen Abschluß der Bewegung zu rechnen ist.

Empörung der christlichen Arbeiterschaft.

Köln, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe des Sonntag ist in Köln der Zustrom zu den Eintragungstafeln außerordentlich stark angeschwollen. Bei einer ganzen Anzahl von Einzeichnungsstellen standen die Eintragungslustigen in Reihen an. Besonders bemerkenswert ist die starke Beteiligung früherer Nichtwähler. In einzelnen Abstimmungsbezirken sind unter der Zahl der Eingetragenen fast 50 Proz. der Nichtwähler bei den letzten Wahlen. Auch die katholische Arbeiterschaft scheint entgegen der offiziellen Zentrumsparole sich stark für das Volksbegehren einzusetzen. In einem Vorort von Köln erschien der Vorsitzende des katholischen Arbeitervereins als erster im Einzeichnungstafel, um seine Unterschrift für das Volksbegehren herzugeben. Ähnliche Beobachtungen sind auch anderwärts gemacht worden.

Die Kölner Demokraten haben in einer sehr stark besuchten Versammlung beschlossen, sich gegen die Lösung

der Fürstenernteignung durch Kompromißvorschläge zu erklären und statt dessen den sozialdemokratisch-kommunistischen Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten durch Volksentscheid zu unterstützen. Sie fordern ihre Anhänger auf, sich in die Liste für das Volksbegehren einzutragen.

Auch in den weitestgehenden Landbezirken geht die Eintragung für das Volksbegehren bis weit in die Kreise der Rechtsparteien. Im Bezirk Summersbach wurde festgestellt, daß drei deutsch-nationale Bauern mit die ersten waren, die das Volksbegehren durch ihre Unterschrift unterstützten.

Die amtliche Sabotage in Bayern.

München, den 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerische Regierung hat in den letzten Tagen durch amtliche Erlasse in scharf polemischer Weise gegen das Volksbegehren Stellung genommen und für ihre Sabotage die gesamte bürgerliche Presse gewonnen. Außerdem hat die reaktionäre Mehrheit des Münchener Stadtrates durch verschiedene Anordnungen das Einzeichnungsgeschäft sehr erschwert, wobei sie alle Verbesserungsvorschläge der Linken abgelehnt hat. Im gesamten Stadtgebiet sind nur 14 Abstimmungstafeln. Diese reaktionären Maßnahmen sind zunächst auf das Einzeichnungsgeschäft nicht ohne Einwirkung geblieben. Aber dennoch wächst die Zahl der sich am Volksbegehren beteiligenden immer mehr. Waren es am ersten und zweiten Tage 1049 bzw. 1021 so stieg die Zahl am dritten Tage auf 2425 und am Sonntag schnellste sie auf 8147 empor, so daß die Gesamtzahl für die ersten vier Tage 12 642 betrug.

Nürnberg, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) In Nürnberg haben sich bisher 15 600 (gestern ungefähr 6500) Personen in die Listen eingetragen. In Fürth 2700, in Erlangen 1200, in Hof 1800.

Hamburg, den 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Die besondere Propaganda für Sonntag, als dem Einzeichnungstag der Werktätigen, hat im großhamburgischen Stadtgebiet guten Erfolg gehabt. Brachten die drei ersten Tage zusammen 28 000 Unterschriften, so brachte der Sonntag 33 000, so daß in Hamburg jetzt insgesamt 61 000 Unterschriften gezeichnet sind. Noch günstiger ist das Verhältnis in Altona. Mit 7300 Unterschriften am Sonntag wurden die 4700 Unterschriften der ersten drei Tage weit überholt. Altona hat mit den 12 000 Unterschriften jetzt das erforderliche Zehntel der Wahlberechtigten ungefähr erreicht. Mit aller Kraft wird jetzt auf Ueberschüsse für schwächere Bezirke hingearbeitet. Auch aus den kleineren Nachbarorten Hamburgs liegen günstige Ergebnisse vor. So hat Wandsbek bis jetzt insgesamt 1320 Unterschriften aufgebracht.

Die Suche nach dem Kompromiß.

Spanien will in Genf sofort einen ständigen Ratsitz haben.

V. Sch. Genf, 8. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die Frage der Erweiterung des Völkerbundesrates ist entgegen allen vorzeitigen optimistischen Meinungen der letzten Tage keineswegs gelöst. Im Gegenteil, sie ist gleich bei der ersten Zusammenkunft der Staatsmänner, die den Pakt von Locarno unterzeichnet haben, von neuem aufgerollt worden, ohne daß man bisher zu einer Verständigung gekommen ist. An dieser Besprechung, die kurz nach 3 Uhr in der Hotelwohnung Chamberlains begann und die sich bis 7 Uhr hinzog, nahmen teil: Chamberlain, Briand, Vandervelde, Luther und Stresemann. Da aus dem offiziellen Kommuniqué deutlich hervorgeht, daß eine Einigung nicht erzielt werden konnte, entstand zunächst ein allgemeiner Pessimismus, der erst im Laufe des Abends nach den Aufklärungen, die die Delegationen der einzelnen Länder ihrer Presse gaben, etwas gemildert wurde.

Die Frage des polnischen Ratsitzes steht übrigens nicht mehr im Vordergrund der Debatte; vielmehr ist jetzt der aktuelle Streitpunkt der, ob Spaniens nichtständiger Ratsitz, der bisher von Jahr zu Jahr erneuert wurde, in einen ständigen umgewandelt werden soll. Dieses an sich nicht allzu aufregende Problem ist aber durch verschiedene Umstände kompliziert worden: auf der einen Seite sind der deutschen Delegation die Hände durch den Beschluß des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages gebunden, wonach nur Deutschland bei der jetzigen Tagung in den Völkerbundsrat hinzutreten dürfe. Diefem Beschluß soll, so heißt es, ein weiterer bindender Beschluß des Reichstages gefolgt sein, wonach die Beitrittsanmeldung des Deutschen Reiches zurückgezogen werden soll, falls eine andere Macht gleichzeitig mit Deutschland einen ständigen Sitz erhalten sollte. Ferner wittert man in dem Vorschlag für Spanien die Absicht, einen Präzedenzfall zu schaffen, um später Polen zunächst einen nichtständigen, sodann einen ständigen Sitz zu gewähren. Auf der anderen Seite hat

Spanien die Dinge durch die plötzliche Drohung zugespitzt, daß es aus dem Völkerbund überhaupt austreten würde, falls es nicht schon im März seinen nichtständigen Sitz in einen ständigen Sitz umgewandelt bekomme.

Spanien beruft sich darauf, daß es solchen Antrag bereits 1921 gestellt habe, damals aber auf den Zeitpunkt verdrängt wurde, an dem eine Aenderung in der Zahl der ständigen Ratsitze erfolgen würde. Das sei, so sagen die Spanier, jetzt mit dem Eintritt Deutschlands der Fall. Ferner weisen die Spanier darauf hin, daß sie, die sonst vor dem Kriege als Großmacht galten, nunmehr die einzige dem Völkerbund angehörende Großmacht ohne dauernden Sitz im Völkerbundsrat wären. Sie fühlen sich schließlich als die Vertreter nicht nur der 20 Millionen Spanier, sondern auch der noch viel zahlreicheren Millionen Menschen spanischer Zunge aus den süd- und zentralamerikanischen Republiken, die im Völkerbund sind, ohne einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat zu besitzen.

Ueber den Verlauf der Sonntagbesprechung erfährt man, daß die Aussprache auf allen Seiten durchaus freimütig geführt wurde. Auf der einen Seite bemühten sich Chamberlain und Briand eifrig, den deutschen Delegierten vor Augen zu führen, daß es sich bei der Umwandlung des spanischen Sitzes in einen Dauersitz keineswegs um ein Komploit gegen Deutschland handele, sondern um eine bereits vor Jahren angeknüpfte Frage, über die in der Zwischenzeit noch lange vor Locarno mit Spanien wiederholt verhandelt worden sei. Auf der anderen Seite lehnten die deutschen Delegierten aus- einander, daß ihre Ablehnung gegenüber dem polnischen Ratsitz keineswegs eine Kampfstellung Deutschlands gegen Polen bedeute, sondern, daß es sich da um eine prinzipielle Frage handele. Nun erklärte aber Briand, daß er in seiner jetzigen Stellung als zurückgetretener Ministerpräsident sich nicht für besetzt erachte. Frankreich durch bestimmte Erklärungen zu binden und daß er

daher noch Paris zurückfahren müsse. Er gab jedoch zu verstehen, daß er, wenn er dem nächsten Kabinett als Außenminister angehören würde, gleich nach der Lösung der Ministerkrise wieder nach Genf zurückkehren würde. Es wurde infolgedessen die Aussprache vertagt, um Briand Gelegenheit zu geben, am Sonntag nach Paris zu fahren und, falls sich die Regierungskrise unter dem Druck der Genfer Ereignisse innerhalb 24 Stunden lösen ließe, noch am Montagabend nach Genf zurückzukehren. Für diesen Fall würde die weitere Aussprache mit Briand am Dienstag wieder aufgenommen werden.

Die französische Abordnung steht auf dem Standpunkt, daß zweierlei nicht zulässig wäre, weiß es gegen den Wortlaut und den Geist des Völkerbundes versteht: eine formelle Erklärung Deutschlands, daß es grundsätzlich sein Veto gegen jede Änderung im Völkerbundsrat bei der jetzigen Tagung ausspreche, und die ebenso unzulässige Erklärung Spaniens, daß es, wenn es seinen ständigen Sitz nicht sofort erhalte, aus dem Völkerbund überhaupt austreten würde.

Die Franzosen hoffen, ein Kompromiß auf folgender Grundlage zu erreichen:

Deutschland gibt seinen grundsätzlichen Widerstand gegen die Abänderung des spanischen Ratsplatzes in einen Dauerplatz unter der Voraussetzung auf, daß nach dem ihm bereits gegebenen Aufklärungen festgestellt wird, daß diese Änderung in keiner Weise einen Mangel an Loyalität gegenüber Deutschland bedeute, da es sich um eine seit Jahren schwebende Angelegenheit handelt. Damit wäre allerdings die Frage des polnischen Ratsplatzes nicht gelöst. Aber es scheint auch auf der Gegenseite die Ueberzeugung vorzuherrschen, daß diese Frage ebenso wie der Anspruch Brasiliens und anderer Mächte auf einen Ratsplatz keinesfalls auf dieser Tagung des Völkerbundes zur Regelung kommen wird, sondern zum mindesten bis zur Septembertagung verschoben werden muß.

Das oben erwähnte amtliche Communiqué lautet: Die Vertreter der Staaten, die sich in Locarno zum Abschluß des Rheinlandpakttes vereinigt haben, haben sich zum Austausch ihrer Meinungen über die schwebenden Fragen in Genf verabredet. Sie haben sich in einer Unterredung zusammengefunden, in deren Verlauf sie mühevoll die gegenseitige Situation aufklärten. Auf diesen ersten Gedankenaustausch soll in einer weiteren Sitzung eine zweite Unterhaltung folgen.

Das einzige Kompromiß, zu dem man sich unter Umständen bequemen würde, wäre die Einsetzung einer Kommission, an der Deutschland teilnehmen würde, die die Vorschläge zur Erweiterung des Rates prüfen und auf der ordentlichen Tagung im September berichten würde. Das Argument, daß ein formeller Beschluß des Auswärtigen Ausschusses und des Reichskabinetts vorliegt, ist in der Sonntagsitzung von Stresemann und Luther mit Nachdruck betont worden; Deutschland stehe auf dem Standpunkt, daß der Vorschlag der Einsetzung einer Kommission das Maximum an Entgegenkommen darstelle, daß aber irgendeine formelle Beteiligung Deutschlands in diesem oder jenem Sinne nicht in Frage komme. Ueberhaupt könne Deutschland, da es keine technische Völkerbundsersparnis besitze, über die Frage einer Erweiterung des Rates nicht schon jetzt ein Urteil abgeben. Es müsse erst im Völkerbund und seinem Rat sein, um auf Grund eigener Erfahrungen an den Vorschlägen der Kommission praktisch mitarbeiten zu können.

Ob dieses Zugeständnis der Einsetzung einer Kommission der Gegenseite genügen wird, das ist allerdings die große Frage. Spanien will unbedingt schon jetzt einen permanenten Sitz und spielt den wilden Mann. Quinones de Leon hatte vor und nach der Sonntagskonferenz wiederholt Unterredungen mit Briand, der den spanischen Botschafter ersuchte, seinem radikalen Standpunkt der Drohung mit dem Austritt aus dem Völkerbund aufzugeben. Es ist klar, daß die Frage des spanischen Ratsplatzes weniger wegen der früheren Stellung des spanischen Antrages in den Vordergrund geschoben wurde, als wegen der Möglichkeit, auf diese Art einen nicht ständigen Ratsplatz frei zu machen, den Polen im September erhalten würde. An einen sofortigen Eintritt Polens in den Völkerbundsrat scheint niemand mehr zu glauben. Auch die polnische Delegation gibt sich darüber keinen Illusionen mehr hin.

„Werther.“

Erstaufführung bei Kroll.

„Die Wirkung des Wertes heute nachzuprüfen, ist wertvoll. Das letzte Urteil fällt ein Publikum, nicht die Kritik.“ So oder ähnlich steht am Ende meiner Einführung in den „Werther“ von Raffenet. Die Volksbühnenmitglieder haben deutlich und sogar begeistert für das Werk gestimmt. Das sei mit halb frohem, halb bösem Lächeln zugestanden. Die Oper hatte Erfolg. Gießen wir in dieses Stück der Wehmut einen großen Tropfen Bismut.

Es gibt in der Weltliteratur sicher kein Stück Poesie, das so theaterfremd, so handlungsarm, so kuschig gegen die Rampe gerichtet ist, wie der Goethesche „Werther“. Wer aus dieser gelungenen, gesprochenen, empfindsamen Künstlichkeit die Perlen der Sprache, die Kristalle der menschlichen Persönlichkeiten und ihres Rilkeus, das Gold der seelischen Hintergründe und des Zeitstils herausnimmt, tötet das Werk. Die Bearbeiter und Uebersetzer haben das glänzend fertiggebracht. Ein Gerippe von Handlungsmangel blieb stehen, und darüber wurde in gar nicht gewählter Sprache ein einfarbiger, schwerer Mantel von Sentimentalität, Rührseligkeit, Süße, Weichschmeißigkeit gemorfen. Zwischen drei Menschen, Werther, Lotte und ihrem Bräutigam Albert, spielt nicht Schicksal, sondern Seltung hin und her, Erlebnis wird zu Goldschmittsprich, Wahrheit zu Lamentieren. Das ist unerträglich. Wir hören nur Seufzer, nur Worte, nur Phrasen, die Menschen werden zu schwachen Figurinen am Draht der Goethe-Fälscher.

Auf dieses einformige Arioso gesungener Bockfischbegeisterung stürzt sich der Irgischste, süßeste aller französischen Komponisten, Raffenet, mit seiner Musik, die von „Rignon“ und „Margarete“ stammt und bis zur „Cavalleria“ und „Tosca“ ihre Melodien spinnst. Ein hochbegabter Sänger zeigt sich bübischfremd. Die Dramatik, wo sie überhaupt aufflammt, gebärdet sich äußerlich lärmend, ist aber im Innern hohl. Wie Raffenet singt, das hat schon allerhand Reize. Der Einfall ist nicht schlecht, das Lied, das Duett, das Tanzchen, die Orgelweise, das findliche Weihnachtsingen — das alles steht an effektvollem Ort und schmeißelt dem Ohr. Aber es wird nichts aus dem Einfall gemacht, er stumpft schließlich in der Penetranz endloser Wiederholung Herz, Ohr und Sinne ab, um so mehr, als auch das Orchester in der Monotonie gleicher Instrumentalbegleitung verharrt. Es fließt der Honig dick und süß, aber das Brot fehlt. Wie uns, die gar zu bürgerliche Natur der Werther-Zeit fremd geworden ist, so auch die faulblüde April-Raffenet. Haben wir „Rignon“ und „Cavalleria“ in die Erde versenkt, damit der „Werther“ aus ihrer Tiefe als Böhmig aufsteige? Die Freude an herzlichen und langbaren Melodien darf nicht den Maßstab verweisen für eine Kunstgattung, in der „Reisterfinger“, „Electra“, „Wozze“, „Zwingsburg“ Fundamente geschaffen haben. Entweder Wagner und Alban Berg — oder Mascagni und Raffenet. Wer diesen „Werther“ liebt, mag prüfen, ob es bei dieser Liebe bleibt, wenn der äußerlich verführende Klang

Allerdings treten schon jetzt die bedenklichen Rückwirkungen der Zusage in Erscheinung, die Chamberlain und Briand Spanien und Polen gemacht haben. Die Zahl der Länder, die ähnliche Ansprüche stellen, wächst gewissermaßen von Stunde zu Stunde.

Brasilien verlangt dieselbe Stellung wie Spanien, China hat einen formellen Antrag bereits eingebracht, Belgien will nicht hinter Polen zurückbleiben.

falls dieses einen dauernden Sitz erhalten würde. Und als neuester Anwärter ist Portugal auf den Plan getreten, dem es anscheinend nicht genügt, daß es auf der jetzigen Tagung der Vollversammlung den Vorsitzenden in der Person seines Delegierten Alfonso Costa stellen soll.

Das aber ist die beste Rechtfertigung der prinzipiellen Bedenken, die die schwedische Regierung von Anfang an gegen jede Änderung des Rates mit Ausnahme der Aufnahme Deutschlands erhoben hat. Es ist durchaus möglich, daß selbst wenn sich die Locarno-Mächte auf eine Kompromißlösung einigen würden, damit noch nichts erreicht wäre, weil Schweden an seinem strikten ablehnenden Standpunkt festhalten würde. Die schwedische Delegation erhält immer neue Sympathieerklärungen; mit ihr erklären sich solidarisch Holland, die Schweiz, Dänemark, Litauen, Finnland und China. Es ist also durchaus denkbar, daß Genosse Lindén, der sich vor seiner Abreise aus Stockholm im Namen aller schwedischen Parteien auf grundsätzliche Ablehnung festgelegt hat, allen einen dicken Streich durch die Rechnung machen wird.

Die Lage ist in keiner Weise geklärt. Eine Lösung ist in den nächsten Tagen um so weniger zu erwarten, als Briand abgereist ist. Man wird seine Abwesenheit zwar benutzen, um die Besprechungen fortzuführen, aber erst seine Rückkehr abwarten, um endgültige Entscheidungen zu treffen. Am Montag vormittag ließ es in Genf, daß Briand wahrscheinlich trotz seiner bisherigen Beteuerungen das Präsidium des neuen Kabinetts übernehmen werde, daß er in aller Eile die neue Regierung, die der bisherigen fast gleich sein würde, dem Parlament vorstellen würde und spätestens am Freitag, vielleicht schon am Donnerstag früh, in Genf wieder zurück sein würde. Bis dahin bleibt alles in der Schwebe.

Eröffnungssitzung des Völkerbundsrates.

Genf, 8. März. (W.B.) Die 9. Ratsitzung wurde heute vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz des neuen Ratspräsidenten Ishii-Japan mit einer nicht öffentlichen Sitzung eröffnet. Der Rat setzte seine Tagesordnung fest, deren wichtigster Punkt der Aufnahmeantrag Deutschlands ist, und setzte einige Beschlüsse über administrative Fragen. Die Sitzung dauerte dreiviertel Stunden. In einer anschließenden Geheim Sitzung, an der nur die Ratsdelegierten selbst teilnahmen, wurde dann in der Erörterung der durch den Aufnahmeantrag Deutschlands aufgeworfenen Fragen eingetreten.

Kurze Verzögerung des deutschen Eintritts?

London, 8. März. (W.B.) Reuter meldet aus Genf: Chamberlain erklärte gestern abend, eine Lösung für alle Schwierigkeiten sei noch nicht gefunden. Gegenwärtig bemühe man sich, den Eintritt Deutschlands zu ermöglichen, ohne daß ein Streit damit verbunden werde. Wenn dies durch einen kleinen Aufschub erreicht werden könne, so sei es gleichgültig, ob der Eintritt am Dienstag, Mittwoch oder Donnerstag erfolge. Die Frage der Zusammenfassung des Rates sei seit langem besprochen, aus verschiedenen Gründen aber immer wieder aufgeschoben worden. Hieraus sei mißverständlichlicherweise geschlossen worden, daß diese Frage jetzt zum ersten Male berührt worden sei.

Ueber das Saargebiet redet Deutschland vielleicht schon mit

Genf, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Die am Sonntag erschienene Tagesordnung des Völkerbundsrates weist, im Gegensatz zu der ursprünglichen, die Änderung auf, daß die Saarfragen von der Spitze der Liste auf den 14. Punkt gerückt worden sind, so daß sie erst in einigen Tagen, d. h. voraussichtlich erst nach dem Eintritt Deutschlands beraten werden.

Mussolini geht nicht nach Genf.

Genf, 8. März. (W.B.) Von zuständiger italienischer Seite wird bestimmt berichtet, daß der italienische Ministerpräsident Mussolini nicht die Absicht hat, sich zu den Völkerbundsarbeiten nach Genf zu begeben.

Die Türken bleiben fern.

Genf, 8. März. (W.B.) Die Türkei hat die Einladung des Völkerbundes, einen Vertreter zu den Genfer Verhandlungen zu entsenden, um an der Besprechung der Traktfrage teilnehmen zu können, abgelehnt mit der Begründung, sie habe die Einladung zu spät bekommen, und ihre Ansicht sei dieselbe geblieben wie früher.

Werbearbeit für Deutschland.

Erfahrungen von Franzosen.

Die Leipziger Messe ist auf internationalen Besuch und internationalen Geschäft ausgerichtet. Es können Käufer und Geschäftsfreisende aus allen Staaten und die Messeleitung ist nicht ungehalten darüber, wenn fremde Sprachen in das schöne Sächsisch sich mischen.

Nun wird aber in der französischen Presse sehr aufgeregt über die Behandlung von drei französischen Reisenden diskutiert, die am letzten Donnerstag in Leipzig von der Bahnpolizei verhaftet und mißhandelt sein sollen. Nach einem offiziellen Polizeibericht hätten die Franzosen in einem falschen Wagon eines Sonderzuges Platz genommen. Sie wurden von einem Eisenbahninspektor in wahrscheinlich nicht sehr rücksichtsvoller Weise aufgefordert, sich in einen anderen Wagon zu begeben. Da die Franzosen nicht deutsch verstanden, konnte man sich nicht verständigen. Der Eisenbahnbeamte holte darauf sofort Polizei, die nun die Reisenden mit Gewalt aus dem Wagon entfernten. Dabei sollen sie mißhandelt worden sein, während ihr Gepäck im Wagon verblieb. Sie mußten bis zum nächsten Nachmittag auf der Wache bleiben und erhielten dann noch einen Strafbefehl über je 200 Mark.

Die Polizei behauptet, die Reisenden hätten mit Stöcken und Häuten auf die Beamten losgeschlagen. Das klingt an sich schon wenig glaubhaft. Aber selbst wenn man annimmt, daß sie in der Erregung gegen eine — nach ihrer Ansicht unberechtigte — gewaltsame Entfernung sich zum Widerstand gegen die Staatsgewalt hätten hinreißen lassen, ist doch noch die Frage zu stellen: Hat man auf dem Bahnhof der internationalen Messestadt Leipzig — vom „Klein-Paris“ Goethes reden wir schon gar nicht — keinen Dolmetscher, der die Mißverständnisse beseitigen konnte? Und glaubt man wirklich, daß derartige Vorkommnisse den Ruf der internationalen Messe verbessern, besonders in den historischen Märztagen von Genf?

Begnädigung eines Kommunisten.

Folgen des Falles Jürgens.

Kassel, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag wurde der durch einen am Sonnabend erlassenen Gnadenakt des Reichspräsidenten amnestierte kommunistische Parteisekretär Bollweber aus dem Gefängnis entlassen. Bollweber war im Jahre 1923 von dem jetzt wegen großen Betrugsverbrechen festgenommenen Landgerichtsdirektor Jürgens verhaftet worden. Die Untersuchungsdauer betrug 20 Monate und es wurde behauptet, sie sei deshalb so in die Länge gezogen worden, damit Bollwebers Tat — Vergehen gegen das Verbot der kommunistischen Partei — nicht unter die Amnestie fällt. Bollweber war dann vor zwei Monaten vom Staatsgerichtshof in Leipzig zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Sofort nach Bekanntwerden der Verurteilung von Jürgens stellten die Kommunisten beim Reichsjustizminister Antrag auf Entlassung Bollwebers. Dem Antrag wurde nunmehr willfahren.

Reichspräsident Hindenburg hat dem General der Heilsarmee Boehm in London zu seinem 70. Geburtstag ein Glückwunschschreiben zugehen lassen.

geschwunden ist. Massenel hat ein zweites, tieferes, schöneres Werk geschrieben, das vorübergehend wieder einmal aufstauen dürfte. Ueber dem Werther steht Manon. Und Manon ist uns — werter. — Aus dem Vorzug, daß „Werther“ keinen Chor nötig hat, machte die Intendanz eine Untugend. Diese paar Solisten müssen überaus sein. Keiner war's. Jöken sehr gewandt, stimmlich frisch, doch in der Höhe noch nicht geübt, unperfönlich das Dilemma seiner schwanfenden Stelle nicht überbrückend, Delia Reinhardt in der schwungvollen Geste bezaubernd, rein und gültig, doch für das Einfachste vom Einfachen nicht stimmlich zart genug. Alle anderen, Janssen, die frohlaunige Gussalewicz, Henke, die Kinderchor: alle, alle taten ihre Pflicht, alle wurden bejubelt.

Das Publikum möge nicht recht behalten. Denn eine Frage des Geschmacks wird hier entschieden. Für alle Volksbühnenmitglieder eine Aufführung des „Werther“. Dann fort mit ihm, zu anderen Aufgaben hin! Bis dahin vertritt sich die Kritik.

Kurt Singer.

Telephonie einst und jetzt. Ueber dieses Thema sprach Sonntag vormittag Ingenieur Jansen im Hörsaal der Urania. An Hand von Lichtbildern und Filmvorführungen zeigte er die technischen Fortschritte der Telephonie in den letzten Jahren. Immer mehr kommt man vom Handbetrieb zur automatischen Bedienung, und viele Städte haben ihr Telephonnetz bereits automatisiert. Leider ist Groß-Berlin erst mit den Vorbereitungen dazu beschäftigt. Die automatische Bedienung hat vor allem diesen Vorzug: es werden Arbeitskräfte gespart, und die Verbindung ist schneller und sicherer zu erreichen. Es wurde darauf ein Film gezeigt, der an übersichtlichen und klaren Zeichnungen die Vorgänge bei der automatischen Verbindung demonstrierte. Gleichzeitig sind in den Nebenräumen Modelle von automatischen Fernsprechanlagen und Verteilerrichtungen aufgestellt, mit denen der Betrachter sich selbst beschäftigen kann, um so vollkommene Klarheit über das Wesen der automatischen Telephonie zu gewinnen. Ferner ging der Vortragende auf die Leitungen der Ferntelephonie ein. Man ist in letzter Zeit von den Freileitungen abgekommen, da diese von Temperatur und Wetter beeinflusst werden, unter deren Schwankungen die Deutlichkeit des Gesprächs leidet. Ueberall versucht man, die Freileitungen durch Kabel zu ersetzen. Hierbei wird auch Ersparnis von Material erzielt. Während die Freileitungen Drähte von 5 Millimeter Durchmesser erfordern, genügen bei Kabelanlagen Durchmesser von 0,5 Millimeter. Auf der 600 Kilometer langen Strecke Wien-Berlin ergibt dieses Verhältnis ungefähr eine Materialersparnis von 170.000 Kilogramm Kupferdraht. In einem Film wurde die Herstellung der Telephonkabel gezeigt, ihre Isolierung und die Schutzvorrichtungen gegen eventuellen Kurzschluß. Am Schluß sprach der Vortragende über die Ferntelephonie, dieser neuesten, technischen Erfindung. Es handelt sich hier um eine Komposition von Raum- und Leitungswellen. Auf dem D-Wagen befindet sich eine Sende- und Empfängerantenne, die Freitag und Sonnabend dieses Monats in der Urania statt.

Der Vortrag vermittelte ein klarer und anschauliches Bild über das Wesen der modernen Telephonie, er findet an jedem Montag, Freitag und Sonnabend dieses Monats im Hörsaal der Urania statt.

Einer, der die Geister beim Wort nimmt. Ein Prestidigitateur ist einer jener Leute, die im Variété auftreten, allerlei Zaubereien verüben, nachher an die Rampe treten und sagen: „Sehen Sie doch, meine Herrschaften, das ist doch alles ganz einfach!“ — und dabei machen sie Sachen vor, denen selbst die besten Geister hilflos gegenüberstehen. Das — so meinen die irdischen Beauftragten der Geister: die Medien — berechtigt solche Leute aber noch nicht, das Wirken der Geister durch die Medien statt als Schwindel zu bezeichnen. Der berühmte Zauberkünstler Houdini hat allerdings diese Behauptung nicht nur aufgestellt, sondern auch mehrfach durch Entlarvung von Medien gestützt. In Fortsetzung seines Kampfes gegen die Medien veröffentlichte er eine Reihe von Zeitungsartikeln, in denen er den Beweis zu führen suchte, daß alle okkulten Erscheinungen auf bewußte oder unbewußte Täuschung zurückzuführen sein. Zu gleicher Zeit hat Houdini 10.000 Dollar jenem Medium in Aussicht gestellt, das in der Lage sei, ihn von der Wirklichkeit der okkulten Phänomene zu überzeugen. Ein Bericht über die Beteiligung der Medien an diesem Wettbewerb und über dessen Ausgang liegt vorläufig noch nicht vor. Die Veröffentlichung des erwähnten Buches von Houdini wird ein gerichtliches Nachspiel haben. Der Verband der Medien in New York hat nämlich gegen Houdini wegen Verleumdung einen Prozeß anstrengt und von ihm wegen Beschädigung seines Rufes einen Schadenersatz von 100.000 Dollar verlangt. Daß Personen, die im Verkehr mit Geistern zu stehen sich rühmen, zu solchen Mitteln greifen müssen, zeigt, was ihre transzendenten Beziehungen wert sind.

Heilige Haie. Einen erstaunlichen Bericht über Hai-Haifischerzehrung unter den Eingeborenen von Neuguinea veröffentlicht Dr. A. H. Sandford Jackson, der mehr als 5 Jahre als Medizinalbeamter unter ihnen gelebt hat, in einer englischen Zeitschrift. „Jede Gruppe der Eingeborenen“, schreibt er, „hat ihren eigenen Hai-Haifisch, der eine Art Schutzpatron der Gruppe ist. Dieser Hai lebt in der Nähe des Dorfes und wird „Rafelan“ oder „Guter Geist“ genannt. Nach der Auffassung der Eingeborenen begräbt dieser heilige Hai, wenn der Leichnam eines Eingeborenen ins Meer geworfen wird, sofort den Körper; er gestattet zwar den Menschen nicht, dabei zuzusehen, aber er bettet ihn unter einen Haufen von Sand, den er mit seinem mächtigen Schwanz aufwühlt. Die Mitglieder der Gruppe werden von ihrem eigenen Hai-Heiligen nicht angegriffen; wenn sie ihm zu nahe kommen und er sie frisst, so tut er das höchstens „zum Spaß“. Der Schutzpatron hat ein besonderes Stück Land am Ufer für sich reserviert, das kein anderer ohne Todesgefahr betreten darf außer den Angehörigen der Gruppe. Dieser „Schutzengel“ bringt die Seelen der gestorbenen Mitglieder seiner Gruppe zu einer Höhle, die zwischen den Korallenfelsen verborgen ist. Betritt irgend ein Mitglied der Gruppe gefährlicher Eingeborener diese „Seelenhöhle“, dann wird er „lang lang“ oder verrückt; er kann aber geheilt werden, wenn ein Schutzpatroner des betreffenden Haies ihm einige Zauberkugeln auflegt und den Geist des Haies bittet, den Fluß von dem Erkrankten zu nehmen. Die Hai-Haifische sind untereinander eifersüchtig auf ihre Schützlinge und greifen die Pflegebefohlenen anderer Haie mit Vorliebe an; sie kennen nach dem Glauben der Wilden die Kanus, die nicht ihren Verehrern gehören, und verfolgen sie.“

Das Schauspiel-Theater in Stralsund am Nonn dem Geburtsort Schafepeters, ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Es ist jedoch gelungen, Kunstschätze und wertvolle Erbstückgaben Schafepeterscher Werke sowie Gegenstände, die dem Dichter gehört haben sollen, zu retten.

Offene Abrechnung!

Sozialpolitische Bilanz zur Fürstenteignung.

Man muß den Fürsten dankbar sein. Sie haben den monarchischen Gedanken als eine sehr materielle Angelegenheit enthielt. Ihre nicht zu überbietende Habgier hat dazu geführt, daß nunmehr das deutsche Volk selbst mit ihnen Abrechnung hält.

Das deutsche Volk soll nicht nur entscheiden, ob das gesamte Fürstentum enteignet wird; es bestimmt gleichzeitig, welchem Verwendungszweck das enteignete Vermögen zugeführt werden soll. Das ist der Grund, weshalb es sich bei der Volksabstimmung auch um eine wichtige sozialpolitische Entscheidung handelt.

Das enteignete Vermögen soll zugunsten der Erwerbslosen, der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, der Sozial- und Kleinrentner, der bedürftigen Opfer der Inflation, der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Schaffung von Siedlungsland auf dem enteigneten Landbesitz verwendet werden. Sozialen Zwecken sind auch die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude zuzuführen.

Was das bedeutet, werden am besten einige Vergleiche zeigen.

Wir haben in Deutschland gegenwärtig rund zwei Millionen Erwerbslose als Hauptunterstützungsempfänger. Diese zwei Millionen Erwerbslose einschließlich ihrer Familien erhalten gegenwärtig an Unterstützung im Monat etwa 90 bis 100 Millionen Mark. Was die 22 abgesetzten Fürstenhäuser vom deutschen Volke als ihr angebliches Eigentum zurückverlangen, ist eine Summe, für die zwei Millionen Erwerbslose und ihre Familienangehörigen 26 bis 29 Monate leben müssen!

Für die Millionen deutscher Volksgenossen, die unverschuldet arbeitslos sind, ist angeblich kein Geld da, um sie ausreichend unterstützen zu können. Für die Fürsten sollen Milliarden vorhanden sein?

Die Regierung ist der Auffassung, daß die gegenwärtigen Unterstützungssätze für die Erwerbslosen eine „bedenkliche Höhe“ erreicht haben. Sie hat deshalb die beiden letzten Erhöhungen bis zum 1. Mai befristet. Im Voranschlag für den Reichshaushalt sind ganze 100 Millionen für die Zwecke der unterstützenden und produktiven Erwerbslosenfürsorge vorgesehen. Kein Mensch bestreitet, daß das eine lächerliche Summe ist, mit der man unter keinen Umständen auskommen wird. Der Reichsarbeitsminister hat noch bei den letzten Etatsberatungen seines Ministeriums erklärt, daß auch nach seiner Auffassung mit einer langdauernden erheblichen Arbeitslosigkeit zu rechnen ist.

Und dennoch: Die Reichsregierung schlägt nicht etwa vor, den voraussichtlichen Steuerüberschuß für die Erhöhung der Mittel zur Unterstützung der Erwerbslosen zu benutzen; nein, sie will 500 Millionen Steuern zugunsten des Kapitals abbauen! Die Folge wird sein, daß die Reichsregierung bei allen künftigen Auseinandersetzungen über eine ausreichende soziale Hilfe für die Erwerbslosen als stärksten Trumpf auszuspielen wird: „Es ist kein Geld da!“ Und dann wird wieder von der „angespannten Finanzlage“ des Reiches sprechen. Die gleiche Regierung aber, die von sozialer Verantwortung gegen die Erwerbslosen keinen Hauch verspüren läßt, agitiert amtlich gegen das Volksbegehren und den Volksentscheid über die Enteignung der ehemaligen Fürsten!

Noch ein anderes verdient in diesem Zusammenhange hervorgehoben zu werden: Man beruft sich auf die Reichsverfassung und behauptet, daß eine entschädigungslose Enteignung nicht zulässig sei. Nun, der Artikel 153 der Reichsverfassung spricht nur von einer angemessenen Entschädigung, „soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt“. Das letztere soll auch nach dem Antrage zur Anwendung kommen, der dem Volksentscheid unterbreitet wird. Die deutsche Reichsverfassung ist also peinlichst genau beachtet worden.

Dagegen wird die deutsche Reichsverfassung dauernd von jenen verletzt, die sich heute fälschlicherweise auf sie berufen. Die Reichsverfassung schreibt eindeutig vor, daß für den notwendigen Unterhalt der Erwerbslosen zu sorgen ist, wenn ihnen angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann. Es wird an der Zeit, für die Beachtung dieser Verfassungsbestimmung zu sorgen.

Neben dem offensichtlichen Heere von Erwerbslosen haben wir in Deutschland in Form der zwei Millionen Kurzarbeiter eine gewaltige versteckte Arbeitslosigkeit. Nach langen Kämpfen hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durchgesetzt, daß die Kurzarbeiterfürsorge endlich eingeführt wurde. Die Regierung hat dies aber in einer Weise getan, die große Massen von der Kurzarbeiterfürsorge ausschließt. Damit nicht genug. Auch die Kurzarbeiterfürsorge ist auf den 1. Mai befristet worden. Man ist anscheinend entschlossen, sie dann vollständig wieder zu beseitigen. Auch hier ist ein Vergleich am Platze. Für die zwei Millionen Kurzarbeiter und ihre Familien werden voraussichtlich im Monat 10 Millionen für Unterstützungszwecke ausgegeben. Die wenigen Fürstenfamilien verlangen 2,6 Milliarden! Auch hier gilt: die Regierung ist aktiv für die Fürsten und gegen die Kurzarbeiter!

Der Reichsarbeitsminister hat in den letzten Tagen ein Rundschreiben an die obersten Landesbehörden für Erwerbslosenfürsorge gerichtet, in dem es heißt, daß die neuen Erhöhungen der Erwerbslosenunterstützung für die Kurzarbeiter nicht in Betracht kommen. Das soll deshalb geschehen, weil für die Kurzarbeiter die besonderen sozialen Notstände infolge des verbleibenden Kurzlöhnes nicht in dem Maße wie bei Vollerwerbslosen vorliegen und weil die Durchführung zu sehr erheblichen praktischen Schwierigkeiten führen würde. Das ist geradezu ein unglaublicher Standpunkt; er ist auch rechtlich unhaltbar, weil nach der Anordnung über die Kurzarbeiterfürsorge die geltenden Unterstützungssätze zur Anwendung kommen müssen.

Die Fürsten haben Deutschland ins Verderben geführt. Sie sind wirklich gut bei dieser Katastrophe angekommen. Dennoch besigen sie die Stirn, von dem verarmten Deutschland 2,6 Milliarden angebliches Privateigentum zurückzufordern. Was geschieht demgegenüber für die wirklichen Opfer des Krieges? Auch hier reden die Zahlen eine

Der internationale Frauentag.

Bezirks-Frauentag in Berlin.

Am Festsaal des Landtages wurde Sonntag vormittag um 10 Uhr die gut besuchte Bezirksfrauentag durch die Genossin Mathilde Borm eröffnet. Vorerst erfreute der Männerchor Friedrichshain durch drei Liedervorträge, worauf Genossin Künzler im Namen des Bezirksvorstandes die Frauen herzlich begrüßte. Er wies auf das Volksbegehren hin, das er als einen der größten Kämpfe der Nachkriegszeit schilderte.

Genossin Adelheid Dopp aus Wien,

gleich bei ihrem Erscheinen mit herzlichem Beifall begrüßt, sprach über „Die Internationale der Frauen“. Sie führte u. a. aus, sie habe nicht das Gefühl, in der Hauptstadt eines anderen Landes zu sein. Zwischen uns ist nichts Trennendes, als die Grenzpfähle. Doch über die hinaus haben in allen Ländern die großen Massen der Frauen nicht nur dasselbe Ziel, sondern auch das gleiche Schicksal. In Deutschland und Oesterreich sind wir einige Schritte weiter durch die Verleihung des Frauenstimmrechts, doch wollen wir dies nicht stolz sein, sondern unsere Kampfmethoden weitertragen in die Länder, in denen die Frauen unsere Stufe der Entwicklung noch nicht erreicht haben. Die Rednerin gab dann einen geschichtlichen Überblick der Entwicklung der Frauenbewegung und der Verbreitung der Idee unter den Arbeiterinnen, ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen und es aus eigener Kraft zu gestalten. Viele Frauentage wurden von Oesterreich und Deutschland gemeinsam bestritten. Die Oesterreicher sagten: „Wir gehen auf die deutsche Hochschule.“ Wir Sozialdemokraten haben uns gegenseitig gesagt, wie wir weiterkommen. August Bebel war der wärmste, der tapferste Freund für das Recht der Frauen. Noch den interessantesten Schilderungen einzelner Konferenzen kam die Rednerin auf das Volksbegehren zu sprechen und wies auf Oesterreich hin, wo das Besitztum der Habsburger den Invaliden zugeführt wurde. Die Vertreibung der Habsburger war die erste demokratische Begeißelung der Oesterreicher. Genossin Popp schloß mit den Worten: „Wir würden mit tausend Freuden kämpfen an eurer Seite gegen die Mächte der Vergangenheit.“ (Beifall.) Darauf sprach

Genossin Marie Judacz

über „Die Frauen aller Länder im Klassenkampf“. Sie wies darauf hin, wie man es versteht, den geistigen Aufstieg zu hindern. Die Rednerin gab eine zusammenfassende Uebersicht der Klassenkämpfe der früheren Jahrhunderte, in denen das Gros der Frauen auch immer gelitten hat. Der Klassenkampf nimmt stets andere Formen an, er ist nicht nur Lohnkampf, nicht nur Streik, er ist der Kampf der Unterdrückten um neue wirtschaftliche Formen. Mutterschaft und Beruf, das ist eins der größten Probleme, das seiner Regelung bedarf. Wir Sozialistinnen müssen kämpfen für die unehelichen Mütter, für den Arbeiterinnenchutz, für den Kinderchutz, obwohl viele Geschlechtsgenossinnen aus bürgerlichem Lager uns keine Kameradinnen sind. Hingewiesen muß ferner darauf werden, daß die größten Friedensorganisationen die sozialdemokratischen Parteien aller Länder sind. Für diese Parteien ist die Friedenspolitik ein Ueberschuss. Wir sozialdemokratischen Frauen müssen den Klassenkampf der Gegenwart befechten zusammen mit unseren Männern, für unsere Kinder.

Genossin Kurt Rosenfeld

sprach über die Fürstenausschüttelung. Deutschland hat 2 Millionen Erwerbslose, 1-Million-Kurzarbeiter, die Fürstenforderungen sind eine Prostration an das deutsche Volk. Eine Auf-

zählung von Tatsachen zeigte sodann, wie die hohen und höchsten Herrschenden zu ihrem „Privateigentum“ kamen. Unter anderem wurde an die bekannten Seelensverkäufe erinnert, auch fand sich der famose heftige Landesvater in der Fürstentum, der 74 uneheliche Kinder hinterließ und, damit der Staat die Alimente aufbringen konnte, die Salzsteuer erhöhte. Eine Glanznummer ist auch der Herzog von Koburg-Gotha, der im Kriege, als großer Patriot, seine ausländischen Verwandten enterben ließ und jetzt Ansprüche der Ausländer geltend macht, um mit Hilfe des Friedensvertrages von Versailles Deutschland auszuplündern zu können. Wer für das Volksbegehren eintritt, kämpft für das allgemeine Wohl.

Genossin Gertrud Hanna

sprach über „Die seelischen Auswirkungen der kapitalistischen Arbeitsmethode“. Sie betonte, daß für absehbare Zeit die kapitalistische Wirtschaftsmethode noch die herrschende sein würde. Der Sozialismus unseres Wirtschaftslebens ständen u. a. auch Bindungen durch den Versaillesvertrag entgegen. Die Produktion von heute würde nicht von dem Gesichtspunkt aus betrachtet, der Bevölkerung Nahrung, Kleidung und Wohnung zu schaffen, sondern sie ist auf möglichst hohen Profit abgestellt. Den Kampf um die Sozialisierung des Wirtschaftslebens haben wir nicht aufgegeben, wie der Abschnitt unter Wirtschaftspolitik im Heidelberger Programm bezeugt. Die Frauarbeit ist heute in der Hauptsache noch ungelernete Arbeit. Außerdem müssen wir noch eine Umänderung unserer Fabriken nach amerikanischem System erwarten. Das heißt, daß immer mehr Menschen nur zu Handgriffen gebraucht werden. Da die Frau heute fast ausschließlich Hilfskraft ist, fällt es ihr sehr schwer, sich als vollwertige Kraft zu fühlen. Und wie ist es selbst in Arbeiterfamilien? Die Tochter muß oft in die Fabrik gehen und Geld verdienen, damit dem Sohn die Lehre oder der Besuch der hohen Schule ermöglicht wird. Die Frauen haben heutzutage noch kein Vertrauen zur eigenen Kraft. Darum ist ihre Anteilnahme an der Arbeit der Betriebsräte so gering, darum haben sie sich abgefunden mit den niedrigen Löhnen, deshalb fordern sie noch nicht bei der gleichen Wertleistung am fertigen Arbeitsprodukt eine dem Verdienst des Mannes entsprechende Entlohnung. Wir müssen uns abkehren von der Formel „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, da man die Mehrzahl der Frauen gar nicht zu der gleichen Arbeit kommen läßt. Die sogenannten niedrigen Arbeiten hat man, obwohl sie große Anforderungen an die Körperkräfte stellen, den Frauen noch nie streitig gemacht. Nachdem die Rednerin noch eingehend über die Heimarbeit gesprochen hatte, ermunterte sie die Frauen, sich auf die Macht der Selbsthilfe zu besinnen.

Alle Rednerinnen fanden starken Beifall, ebenso das Schlusswort der Genossin Ladenhagen, die mit treffenden Worten gegen die Unverschämtheit der Fürsten die Konferenz beendete.

Rundgebung in Köln.

Köln, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Eine internationale Frauentagung hatte die Kölner Sozialdemokratie für Sonntag nachmittags ins Kölner Volkshaus aufgerufen. Zahlreich hatten die Frauen dem Rufe Folge geleistet. Es sprachen die Genossinnen Pels, Brüssel und Genossin Kirshmann-Rühl. Genossin Pels behandelte in deutscher Sprache die Aufgabe der Frauen in der Internationale; sie forderte vor allem eine internationale Arbeiterkollaboration. Stürmische Zustimmung fand der Appell der Genossin Kirshmann-Rühl, dem Volksbegehren mit aller Kraft zum Siege zu verhelfen.

deutsche Sprache. 766 400 Beschädigte erhalten an Renten 217 Millionen Mark. Die deutschen Fürsten verlangen das zwölffache dessen, was 766 400 Beschädigte im Jahre erhalten.

Ebenso aufreizend ist ein Vergleich der Fürstenforderungen mit den Leistungen der gesamten deutschen Sozialversicherung. Wenn man zusammenrechnet, was die Krankenversicherung, Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung, Knappschaftsversicherung und Unfallversicherung insgesamt an Leistungen für das werktätige deutsche Volk in einem Jahre aufzubringen hat, dann bleibt das immer noch an einige hundert Millionen hinter dem zurück, was die Fürsten vom verarmten Deutschland fordern. Die Sozialrentner der Invalidenversicherung und zwar 1 600 000 Invaliden, 2 000 000 Witwen und 1 300 000 Waisen erhielten im Jahre 1924 nach der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums 410 Millionen Mark; die 22 abgesetzten Fürsten verlangen mehr als das Sechsfache!

Millionen Kriegsanleihezeichner sind fast vollständig enteignet worden. Sie sind der bittersten Not ausgeliefert. Man hat nicht ausreichende Mittel zu ihrer Unterstützung. Die deutschen Fürsten verlangen 2,6 Milliarden.

Kriegs- und Nachkriegszeit haben die Gesundheit des deutschen Volkes in weitem Umfange untergraben. Es fehlt an Heilstätten zur Bekämpfung der Tuberkulose. Die Schlösser und Wälder der deutschen Fürsten müssen dem gesundheitlichen Wiederaufbau des deutschen Volkes dienen. Das wäre ihre nützlichste Verwendung.

Die Abrechnung des deutschen Volkes mit der Habgier seiner ehemaligen Fürsten ist gleichzeitig ein Kampf um den Ausbau der deutschen Sozialpolitik. Wir werden siegen, wenn jeder seine Pflicht tut!

Fürstenkompromiß und Deutschnationale. Geschrei der Fürstenteiglichen.

Die deutschnationale Presse fällt angesichts des Anschwellens der Eintragungen für die Fürstenteignung aus einem Erregungszustand in den andern. Selbst der Inhalt des neuen Fürstenkompromisses ist ihr zuviel.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb, nun ginge es „der Enteignung entgegen“:

Was nun in jedem anderen Staate als etwas Schellisches gilt, die Kraft eines gerichtlichen Urteils, ist im neuen Deutschland eine Belanglosigkeit, über die man nicht erst stolpert. Derartige Bedenken haben höchstens die Nachhänger der Novemberrevolution noch gehabt, eine bürgerliche Koalition erklärt frank und frei: „Die Urteile können

aufgehoben werden, wenn sie im Widerspruch mit den oben erwähnten Grundsätzen (der ungehinderten Enteignung. D. Red.) stehen.“

Man hätte doch wirklich dem unter Vorsitz des höchsten deutschen Richters zusammen tretenden Sondergericht die Blamage ersparen sollen, über die Trennung vom privaten und staatlichen Eigentum zu entscheiden, da sie doch nicht mehr als eine Farce ist. Wenn man schon so radikal über alle Grundsätze des Rechtes hinwegzuschreiten beabsichtigt, dann könnte das Parlament auch vollenden, wozu es den Grund gelegt hat, dann wäre wenigstens die deutsche Justiz freigeblichen von dem Vorwurf der politischen Rechtsprechung, zu der sie nach dem Kompromiß gezwungen wurde.

Die Demokraten haben sich sehr schnell dazu entschlossen, dem Kompromiß zuzustimmen und damit ihre Beteiligung an dem sozialistischen-kommunistischen Enteignungsverfahren abzulegen. Späher, konnte man im demokratischen Lager sagen, wo doch auf dem Wege über das Kompromiß bei einigen guten Willen schließlich dasselbe erreicht werden kann, wie mit dem Enteignungsraubzug. Allerdings mit dem Unterschiede, daß Kommunisten und Sozialisten ihre schönen Absichten offen bekanntgeben, die bürgerlichen Mittelparteien aber einen die Marschroute verschleierten Umweg wählen.

Die „Kreuzzeitung“ sieht in dem neuen Kompromiß einen „Einbruch in das Privateigentumsrecht“, den Beginn des Bolschewismus in Deutschland. Die „Deutsche Zeitung“ äußert ihre Entrüstung in Schlagzeilen: „Reverliche Verschönerung der Enteignungsbestimmungen“ — „Die ohne Vaterland“ — „Die Enteignungsfront im Reichstag“ — „Ungeheuerlichkeiten im Abfindungskompromiß“.

Und dies Geschrei schon über das Kompromiß der Regierungsparteien!

Der notleidende Kronprinz.

Ter dringend Alimente vom Volke braucht.

Die „Kreuzzeitung“ meldet: „Se. kaiserliche Hoheit der deutsche Kronprinz ist in Minusio (Schweiz) eingetroffen, wo er die Villa Rocca bella gemietet hat. Der Kronprinz gedenkt für einige Monate Aufenthalt in Minusio zu nehmen.“

Seine kaiserliche Hoheit demonstriert dem Ausland, wie bestimmteste erklärt, unter keinen Umständen nochmals die Bürde Raubzug gegen das Volk ist.

Unterhaltsklage gegen den Prinzen Carol. Die ehemalige Frau des Prinzen Carol von Rumänien, Lambino, hat vor den Pariser Gerichten auf zehn Millionen Franken Unterhaltskosten und Schadenersatz für sich und für ihren am 8. Januar 1920 geborenen Sohn, Klage erhoben. Die Heirat ist, so heißt es in der Klage, am 31. August 1918 in Odessa durch einen orthodoxen Priester vollzogen worden.

Frauen-Werbewoche vom 7. bis 14. März 1926. — Frauen! Besucht die Frauen-Werbeversammlungen in euren Kreisen!!!

Das Volksfest des Reichsbanners.

Jüngstes republikanisches Berlin.

Was der Sonnabend versprochen, hielt der Sonntag. Wenn in der mächtigen Autohalle am Kaiserdamm auch der übliche Apfel immerhin noch zur Erde fallen konnte, voll war es doch. So voll, daß das riesige Tanzparkett kaum ausreichte. Man sah Reichstagspräsident Lohse, Polizeipräsident Gezeffinski und Polizeizeitschriftenpräsident Friedensburg. Oben auf den Tribünen waren alle Plätze besetzt. Man sah sich das Treiben von der Höhe herab an und konnte feststellen, daß in der Tat viel Volks da war und daß über dem ganzen eine einheitliche fröhliche Stimmung lag, die zu einem rechten Volksfest gehörte. Immerhin, das Fest mößige hätte noch mehr betont werden können. Ein andermal soll man mehr Eigenes bieten. Ein Volkstanzereignis auf diesem Parkett müßte prächtvoll wirken. Volkstheater, Volkssport, Pyramidengruppen, Volkshumor würden die Veranstaltung erst zu einem wahren echten Fest machen, Volksfeste in diesem Sinne können wir brauchen. Dennoch war diese Veranstaltung ein schöner verheißungsvoller Anfang. Ganz besonders erfreulich und überraschend wirkte ein Knaben-Lambourcorps, das die Lichtenberger Kameradschaft — Dank sei ihr dafür! — auf die Beine gebracht hatte. Einheitlich in weiße Blusen gekleidet, machte dieses jüngste republikanische Berlin in seinem Auftreten und seinen Darbietungen einen ganz ausgezeichneten Eindruck. — Auf dem Propagandamarsch am Nachmittag vom Bahnhof zur Autohalle war das riesige Trommler- und Pfeiferkorps, etwa 400 Mann stark, darunter die kleinen Stotten Lichtenberger, Gegenstand lebhaftester Aufmerksamkeit.

Die verhängnisvolle Autofahrt.

Eine offenbar in ungeheurer Stimmung gegebene Einwilligung zu einer Autofahrt mit zwei fremden Männern hat für ein junges Mädchen aus Hennigsdorf furchtbare Folgen gehabt. Das Mädchen hatte in einem Lokal an der Schulzendorfer Chaussee an einem Vergnügen teilgenommen und wollte, da ihm schlecht geworden war, gegen 10 Uhr ein wenig frische Luft schöpfen. Zu diesem Zwecke war es auf die Chaussee hinausgegangen. Gleich darauf kam eine mit zwei Männern besetzte Autodroschke vorbei. Der Führer verlangte die Fahrt, und die beiden Insassen neckten das Mädchen und luden es ein, ein Stück Weg mitzufahren. Dieser Einladung folgte es. Unterwegs vergingen sich die Männer an dem Mädchen und stießen es in der Höhe des Legeler Gefängnisses wieder aus dem Wagen heraus. Die Insassen, die es auffanden, brachten es nach dem nächsten Polizeirevier, wo es Anzeige erstattete. Da das Mädchen bei dem Fall aus dem Auto nicht verletzt worden war, so konnte es sich in seine Wohnung begeben. Die Nummer der Autodroschke wurde ermittelt, die Person der Fahrgäste konnte aber noch nicht festgestellt werden. Die Polizei würde sich ein besonderes Verdienst erwerben, wenn sie alles daran setzte, um die beiden Rädlinge festzustellen und der Bestrafung zuzuführen.

Attentat auf einen Berliner Schnellzug.

Die Reichsbahndirektion München teilt mit: In der Nacht vom 7. auf den 8. März, zwischen 10,45 Uhr und 11,15 Uhr, wurden südlich der Station München-Roosbach etwa 150 Meter vor dem Unfallort in der Nähe der Hartmannshofer Ueberfahrt von rufloser Hand zwei Eisenbahnschwellen über das Gleis gelegt. Der um diese Zeit fahrende Berliner Schnellzug D 23 kam dabei glücklicherweise nicht zur Entgleisung. Für die Ergreifung des Täters wird eine Belohnung von 1000 Reichsmark ausgesetzt.

Wälfische und Kommunisten.

Zu größeren Ausschreitungen zwischen Stahlhelmlieuten und Mitgliedern des RFB kam es am gestrigen Sonntag in Weihenstephan anlässlich einer Fahnenweihe der Stahlhelmer in der Stadthalle. Die ersten Zusammenstöße ereigneten sich gegen 5 Uhr nachmittags in der Prenzlauer Promenade, als sich vom Bahnhof Weihenstephan ein etwa 100 Mann starker Zug Stahlhelmer auf dem Wege nach Weihenstephan befand. Es kam zu gegenseitigen Demütigungen, Mitglieder des RFB verlangten eine Durchsichtung der Stahlhelmer, da diese mit Schusswaffen gedroht hatten. Zu einer richtigen Schlägerei kam es in der der 8. Abendstunde in der Kanowstraße. Hier gerieten Stahlhelmer mit RFB-Leuten in ein Handgemenge, bei dem dem Studenten Groß aus Pankow das Nasenbein eingeschlagen wurde. Mehrere Teilnehmer sollen Messerfische erhalten haben. Nach der Feier in der Stadthalle kamen die abmarschierenden Stahlhelmer nochmals mit Anhänger der kommunistischen Partei an der Grenze Weihenstephan und Prenzlauer Berg ins Handgemenge.

Zu den Unterschlagungen bei der Studentenschaft.

Die Unterschlagungen an der Berliner Universität haben eine eingehende Untersuchung des Geschäftsbereichs des Allgemeinen Studentenausschusses ausgelöst. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Student Lehmann seine betrügerischen Machenschaften niemals hätte bemerkstellen können, wenn nicht die Kassensachverständigen der Universität mit einer beispiellosen Sorglosigkeit und Fahrlässigkeit die Auszahlungen gegen Quittungen Lehmanns vorgenommen hätten. Der Universitätsrat hatte schon einige Tage, bevor die Unterschlagungen zur Kenntnis der Presse kamen, von sich aus eine Untersuchung eingeleitet, die ihm aber von der Staatsanwaltschaft auf Grund einer Anzeige aus der Hand genommen wurde. Zweifellos wird sich der Kultusminister darüber schlüssig machen müssen, ob nicht eine gründliche Reform der studentischen Selbstverwaltung am Platze ist. Im übrigen verdient es hervorgehoben zu werden, daß ausschließlich Mitglieder der radikalsten rechtsstehenden Studentenvverbände an den unerfreulichen Vorkommnissen beteiligt sind. Deshalb verlangen die linksstehenden Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses, daß mit dem bisherigen System der Auswahl der Vertreter in den obersten Posten der Studentenschaft schnell und gründlich gebrochen wird.

Deutsch-Südtirol, das die Faschisten gewaltsam entdeutschen wollen, das Land der zauberhaft schönen Dolomiten, der alten Burgen, der Sonne und des Weins, zeigt ein Bild in der „Alhambra“ Kurfürstendamm. Am gestrigen Sonntag sprach auf Veranlassung des Österreichisch-deutschen Volksbundes Alfred Kerr eine Einleitung. Er forderte auf, nun erst recht Ferienreisen nach diesem unterdrückten Lande zu machen, um das Deutschtum in seinem schweren Existenzkampf zu stützen.

Vier Menschen verbrannt.

Riefenbrand in einer bayerischen Pappfabrik.

In der Pappfabrik Rieger in Trostberg (Oberbayern) entstand heute morgen ein großer Brand, der sich schnell ausbreitete. Das ganze Trocknereigebäude wurde erfasst, das Feuer fand in den dort eingelagerten 2555 Zentner Papppe reiche Nahrung. Velder sind dem Brande vier Menschen zum Opfer gefallen. Aus den Trümmern konnte bisher nur die vollständig verkohlte Leiche einer Frau Gottmeier ausgegraben werden.

Der erste Einzeichnungs-Sonntag.

Der Verlauf der Einzeichnungen in den Bezirken.

Über den Verlauf der Einzeichnungen an dem gestrigen Sonntag liegen uns aus einzelnen Bezirken Groß-Berlins folgende Schilderungen vor:

Wedding.

Die Wahlbeteiligung war um vieles reger als an den vergangenen Tagen. Auch die Propaganda war in viel stärkerem Maße bemerkbar. Besonders auffällig war ein Demonstrationsumzug der SPD, der mit fliegenden Fahnen und Musik nach dem Schillerpark zog. Allgemeine stürmische Zustimmung fand eine Plakatafel „Für Wilhelm“, die mit Inflationsgeld hübschelweise beklebt und behängt war. Auch gereimte Schlagworte: „Erwache, Volk, in heiligem Zorn, schick' deine Rechnung hin nach Doorn!“ und „Nehmt den Fürsten, was des Volkes ist!“ fanden laute Zustimmung. Auch sonst war die Propaganda eine rege. Alle Häuser waren mit Anschlagzetteln versehen, auf denen das Eintragungslotel verzeichnet stand. In den Höfen wurde nach Trommelwirbel oder Trompetsignal durch kleine Sprechchöre oder einen Redner zur Eintragung aufgefordert. Kein Wunder, daß nachmittags in den meisten Lokalen auf Eintragung angestanden werden mußte, so daß viele, die wochentags Zeit haben, umkehrten. Die nächste Woche verspricht eine noch stärkere Teilnahme und rührigere Agitation. Beseidend war es wieder, daß vor allem alte Leute sich stark beteiligten.

Prenzlauer Berg — Friedrichshain.

In den Lokalen stehen, besonders in den Mittagsstunden, viele Menschen, manchmal mehr als dreihundert, sie stehen geduldig und warten, bis die Reihe an sie kommt. Männer und Frauen, die am Montag nicht Zeit finden, sich einzuschreiben, opfern heute ihre Zeit. In der Oberberger Straße stehen sie manchmal auf dem Korridor an, da das Zimmer zu klein ist. Sonst finden sie in den großen Turnhallen reichlich Platz. Ueberall steigt die Ziffer der Einzeichnungen im Verhältnis zu den vergangenen Tagen. Hier wohnen viele Arbeiter, die nur den Sonntag benutzen können. Ueberall verlaufen die Einzeichnungen ruhig, Störungen kommen nicht vor. Von manchen Lokalen sind die alten handgeschriebenen Zettelchen entfernt worden und durch große, gedruckte Plakate ersetzt, aber an anderen Türen hängen noch die kleinen Zettelchen, die so leicht übersehen werden können.

Nördliche Außenbezirke.

In Pankow, Reinickendorf-Ost, Niederschönhausen und Rosenthal nahmen die Einzeichnungen zum Volksbegehren einen ungehörigen, zeitweise recht regen Verlauf. In der Einzeichnungsstelle Gemeindefschule Schulstraße 29 in Pankow war die Zahl der Einzeichner in den Vormittags- und Nachmittagsstunden gut. Auch in der Einzeichnungsstelle Breitestraße 1 (Stiftweg) war die Beteiligung stärker als an den Vortagen. Ein größeres Plakat, das das abseits liegende Schulgebäude als Einzeichnungsstelle kennzeichnet, ist jetzt deutlich angebracht worden. In Niederschönhausen befindet sich eine Einzeichnungsstelle im Rathaus. Ein Winklaturkindchen besaß, daß man sich hier einschreiben kann. In Schönholz war die Beteiligung verhältnismäßig stark. In der 1. Gemeindefschule Thibauer Straße, in der 3. Gemeindefschule Veitseeallee und in der 4. Gemeindefschule am Hausotterplatz zeichneten sich gleichfalls viele, darunter eine große Anzahl alter und gebrechlicher Leute, in die Listen ein.

Neukölln demonstriert!

Die Sozialdemokratische Partei hatte gestern die Bevölkerung zu einer Demonstration gegen die Fürstenabfindung aufgerufen. Der Herzbirgplatz war Sammelpunkt. Kurz nach 2 Uhr formierte sich der gewaltige Zug, um in den Straßen Neuköllns die Säumigen zu mahnen, ihre Pflicht zu erfüllen. An der Spitze des Zuges marschierte ein Tambourchor des Reichsbanners mit Begleitmannschaften. Hier Musikpfeifen, unzählige Fahnen, Banner und originale Plakate, wie: „Die Fürsten und Mäntelchen können sich in Doorn abfinden lassen!“ wurden mitgeführt. In einer Abteilung hatte ein Parteigenosse neben Schildern drei alte Spardbücher im Plakat ausgehängt mit dem nicht mißzuverstehenden Spruch: „Das ist meine Abfindung!“ Starke Gruppen stellten der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen, die Kinderfreunde und Arbeiterjugend. Am Kranoldplatz hielten die Genossen Landtagsabgeordneter Harnisch und Viedtke Ansprachen und mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratische Partei wurde die wichtige Kundgebung beendet.

Während in den Morgenstunden das Einzeichnungsgeschäft noch sehr lau war, zeigten die Mittag- und Nachmittagsstunden stärksten Verkehr. In einigen Lokalen standen die Wähler sogar an. Der Dienst scheint jetzt schon besser organisiert zu sein. Auch sind vor den Eingängen zu den Turnhallen Plakate angebracht, so daß das vor einigen Tagen noch übliche Suchen der Eintragungsstellen vermieden wird. Ueberall versuchen die Gegner die Leute zurückzuhalten. Am meisten werden die Alten angeprochen, aber ohne Erfolg. Unsere Genossen betreiben Plakat- und Fahnenpropaganda von den Fenstern und Balkonen aus, die Flugblattverbreitung hat glänzend gewirkt und die Auskunftsstellen vor den Lokalen sind gut auf dem Posten.

Karlshorst.

In Karlshorst zeigte sich schon an den ersten Tagen ein sehr lebhaftes Interesse für die Einzeichnung. Man kann, ohne zu übertreiben, sagen, daß in dem kleinen Orte 600 bis 700 Eintragungen erfolgt sind und es ist erwähnenswert, daß sich besonders diejenigen zu den Einzeichnungsstellen drängen, von denen bekannt ist, daß sie alles andere als Anhänger der republikanischen Parteien sind. Auch unter den Rechtsstehenden kann man Leute finden, die sich eintragen lassen. Gestern ging es in den beiden Einzeichnungsstellen des Ortes besonders lebhaft zu.

Baumhulenberg.

Während der fromme Bürger den Weg zur Kirche geht, eilen die andern zahlreich zum Wahllokal, um daran mitzuhelfen, daß das Volksbegehren zu einem wichtigen Erfolg wird. Um auch ihre Stimme gegen den Raubzug der Fürsten mit in die Waagschale zu legen, schreibt manch altes Ehepaar, oft mit zitternder Hand, Buchstaben an Buchstaben. Keiner scheut den Weg, aus den entlegenen

Lauben eilen sie herbei. Beamte und Publikum scheinen hier eins zu sein. Auf den Straßen umzige, Reden, Propaganda, um die Säumigen zu mahnen. Dank der musterghätigen Organisation der Genossen ist es möglich, auch den letzten Mann heranzuholen. Die Beteiligung des gestrigen Tages war außerordentlich stark.

Westen.

Der erste Sonntag des Volksbegehrens brachte der gerechten Sache auch in den westlichen Bezirken der Millionenstadt Berlin einen großen Erfolg. Es ist ja auch erklärlich, daß selbst viele Leute derjenigen Kreise, mit denen das wertvolle Volk sonst nicht allzu viele Berührungspunkte hat, den Weg zu den Eintragungsstellen finden. Mag einer politisch denken, wie er will, — wer Rechtsempfinden besitzt und denken kann, muß dem Fürstenbegehren das Volksbegehren entgegenstellen. Die Deutschnationalen und ihre Geistesverwandten haben viel zerrger. Die wirksame Verarbeitung unserer Genossen pöhlte ihnen wirklich nicht. Erfreulicherweise findet man den Weg zur Einschreibestelle in der 131. Gemeindefschule jetzt wesentlich leichter als am ersten Tage; genügend Schilder weisen den Weg. Im Brunnewald nimmt man den politischen Akt nach wie vor auf die leichte Schulter. Es ist fraglich, wie weit noch im Sinne der amtlichen Sache gehandelt wird, wenn die behördliche Befanntmachung über die Organisation des Volksbegehrens unausgelesen mit Reißzwecken an einem Baumstamm geheftet wird, wo sie natürlich bald ein Spiel des frischen, zerfetzenden und regenfeuchten Märzwindes wird. Da macht der burgähnliche Bau des Rathauses in Schwanenort einen weit besseren Eindruck. Man ist hier scheinbar republikanischer als im Brunnewald und weniger gut auf die Fürsten zu sprechen.

Charlottenburg.

In Charlottenburg hat man ganze sechs Einzeichnungsstellen für ausreichend gehalten, wobei man sich sicher richtiglich von der sozialen Struktur dieses Verwaltungsbezirks leiten ließ. Am gestrigen Sonntag war Massenbetrieb in den Lokalen, ein Beweis dafür, daß die soziale Stellung des einzelnen nicht maßgebend für sein Verhalten dem geplanten Fürstenraubzug gegenüber ist. In der Turnhalle der Gemeindefschule im vornehmen Westen wurde zwar nicht gerade Schlange gestanden am Auskunftsplatz, dafür kamen aber genügend Leute, denen die früher gehegte „Liebe des freien Mannes“ zu Kaiser und Thron von den Fürsten selbst gründlich ausgetrieben ist. Der stärkste Betrieb herrschte in der Einzeichnungsstelle Dandellmannstraße, einem rein proletarischen Viertel. Die Beamten haben alle Hände voll zu tun, die „Begehrenden“ abzufertigen. Auch hier viele Leute aus den Wohnpalästen vom Kaiserdamm. Am interessantesten waren die Beobachtungen in der Turnhalle Schillerstraße. Das typische Beamten- und Bessersituiererviertel der Weimarer, Goethe-, Herderstraße, die Gegend des Karl-August-Platzes, sandte seine Arm- und Außerdienstbeamten und die finanziell abgebauten Klein- und Mittelrentner fast vollständig an den Einzeichnungstisch. Selbstverständlich, daß die Arbeiterpartei das ihre dazu beitrug, die Listen zu füllen. Das Einzeichnungslotel im Rathaus ist im dritten Stock gelegen, etwas sehr unbequem. Der Ordnungsbeamte hat schon manchen Kriegskrüppel und manche beinranke alte Dame die Treppen hinuntertragen müssen. Die Hauptsache ist aber: Sie kommen alle!

Tiergarten.

Die Zunahme an Eintragungen im Bezirk Tiergarten wächst ständig und selbst diejenigen, die gestern noch nicht ihre Eintragung vorgenommen haben, bekundeten durch Fragen, die an die in den Eintragungsstellen anwesenden Parteigenossen gerichtet werden, das starke Interesse für die gerechte Sache. Es ist bemerkenswert, daß im Gegensatz zu den Eintragungsstellen, die im Westen des Bezirks liegen, in den Moabitier Eintragungsstellen von der Zeitung die Formalitäten sehr loyal gehandhabt werden. Von Personen, die bekannt sind, wird nicht einmal die Legitimation verlangt, und bereitwillig erteilt man auf alle Fragen die gestellt werden, Auskunft. Man weist mit großer Höflichkeit diejenigen, die in die falschen Eintragungsstellen sich verirrt haben, in die richtigen, und es wäre zu wünschen, daß die Leiter der westlichen Lokale des Bezirks sich hieran ein Beispiel nehmen würden.

Für Volksrecht — gegen Fürstenraub!

Die Sozialdemokraten im Berliner Norden hatten am gestrigen Sonntag gewaltige Massen für das Volksbegehren auf Fürstenenteignung mobil gemacht. Auf der Spielwiese des Schillerparks sprachen gegen 1/4 Uhr die Genossen Reichstagsabgeordneter Künftler und Landtagsabgeordneter Meier zu etwa 10 000 Republikanern, die mit zahllosen roten und schwarzen Fahnen, sowie Plakaten, auf denen in drastischer Weise die Empörung des Volkes über den fürstlichen Verbrechenriff auf die Staatskasse zum Ausdruck kam, erschienen waren. Der Befall wollte kein Ende nehmen, als die Redner zum Schluß dazu aufriefen, alle Kräfte für den Sieg des Volkes anzuspannen. Es geht um das Leben des deutschen Volkes! (Stürmischer Beifall.) Vorher hatte ein riesiger Demonstrationsumzug durch die Straßen des Beddingbezirks die Bewohner an ihre proletarische Pflicht erinnert. Von der Gustav-Weyer-Allee ging es unter dem Jubel der Bevölkerung die Brunnen-, Badstraße entlang über den Reitelbeckplatz, die Reinickendorfer und Müllerstraße entlang zum Schillerpark. Trommler- und Musikkorps spielten proletarische Marschlieder, eine Reichsbannerabteilung mit wehenden republikanischen Fahnen hatte sich in den Reifenzug der Bevölkerung gemischt.

Potsdamer Kuriosa.

Der Deutschnationalen Volkspartei blieb es vorbehalten, für den Humor in der ersten Sache des Volksbegehrens und der Fürstenenteignung zu sorgen. Aus Potsdam wird uns mitgeteilt, daß dort vor dem Einzeichnungslotel im Rathaus Beauftragte dieser „Volks“partei stehen, die sich durch große umhängte Plakate als „Auskunftsstellen“ gekennzeichnet haben. — Was diese Fürstenrabanten dem darbenenden Volk zu sagen haben, ist wirklich in weitesten Kreisen bekannt. Daß die Rühr der Potsdamer vergeblich ist, beweisen die Eintragungsziffern der ersten vier Tage.

Sport.

Deutsche Meisterschaften im Kunstlaufen.

Anlässlich der Wettbewerbe um die deutschen Meisterschaften im Eiskunstlaufen hatte der Sportpalast am Sonnabend und Sonntag ein übervolles Haus. Während an den beiden Vormittagen die Pflichtfiguren zu den einzelnen Wettbewerben gelaufen wurden, fanden abends die Kürläufe statt. Am Sonnabend wie auch am Sonntag trat im Rahmen der Veranstaltung der Berliner Schlittschuh-Club (BSC.) gegen den Drittclubben Göta-Stockholm an. Am Sonnabend gelang es der

BSC.-Mannschaft, nach sehr hartem Kampf die Schweden mit 3:2 abzufertigen. Das Sonntagsspiel dagegen, das dieselben Gegner auf die Eisfläche brachte, endete 4:4 unentschieden. Die Schweden spielten besser als am Vortage, konnten jedoch trotz angestrengter Versuche nicht über den BSC. triumphieren.

Einige Ergebnisse: Deutsche Meisterschaft: 1. Rittberger (BSC.); 2. Franke (BSC.). — Damen-Senioren-Laufen: 1. Frau Bernhard (BSC.); 2. Fr. Wuff (BSC.). — Junioren-Paarlaufen: 1. Fr. Vierke-Krämling (BSC.); 2. Dr. Wählschmann und Frau (BSC.). — Herren-Senioren-Laufen: 1. Gaertel (BSC.); 2. Bayer (BSC.). — Damenmeisterschaft: 1. Frau Brodth (BSC.). — Paarlaufmeisterschaft: 1. Fr. Rishauer-Herr Haertel.

Theater, Lichtspiele usw.

Deutsches Theater
8 Uhr

Juarez und Maximilian
Kammerspiele

8 1/2 Uhr
Josephine

Die Komödie
Herrnstandem 206/7

8 1/2 Uhr
Viktoria

Städtische Oper
Charlottenburg

7 1/2 Uhr
Mignon

Abonn-Turnus IV

Neues Th. am Zoo
Abend 8 Uhr
HEUTE
zum 50. Male
Guldo
Thielscher
in
Stöpsel
Kleinpreise: Parkett 1-2 M.
Park. 3-4 M. Orchest.
Festhall 5 M. Sozial 6 M.
Vorverkauf ausverkauft

Th. in d. Lützowstr.
Tägl. 8 1/2 Uhr
Lempke's
sel. Witwe
Musik v. Dr. R. Hirsch
Volksliedische Preise 1-4 M.
In Vorverkauf Theaterkasse
Steinb. Weh. 20/21, Ermäß.
So. nachm. 4 U. Kinderverp.
Der gestiefelte Kater

WINTER GARTEN
Los 3 Codonas
Nachtturner in höchster Vollendung
im Rahmen eines abwechslungs-
reichen Varieté Spielplans.
Sonntag nachm. 8 1/2 U. halbe Preise
Rauchen gestattet!

Elite-Sänger
Tägl. Kottbuser Str. 4 Sonntag
8 Uhr Der neue Schlag 3 Uhr
„Berliner Luft“
(Zwerchhölzer-schütternde Situationen)
Saxu Gas lustige Beiprogr.

Reichshallen - Theater
Abends 8 U., Sonntag nachm. 3 U.
Stettiner Sängler
mit: Der letzte Pestillon
Erdm. - hall. Preise, Volles Programm
Dönhoff-Brettel
10 Nummern!
Tanz und Uffidelitas!

Putzwolle, Putzlappen, Schleifertuche
haben abgegeben
Fabr. Holzinger,
et. Neukölln 4545/47

Radio-
apparat mit Detektor,
Kopfhörern und
Montagematerial,
zusammen nur 12 M.
Radio-Vertrieb
Friedstraße 12, Verdenh.

Pumpen für
Feuer,
Ersatzteile,
Pneumatische
Koblanck
Pumpenfabrik,
Berlin 3 65,
Friedrichstraße
35.

Gänsefedern
mit allen Deunen,
Größen, 2.75, Füllmenge
bis 1000 Gramm
Fritz Schultz
Gänsefiedern
Oranienburg 2
direkt am Bahnhof

Eduard Süßkind's
Drei Rote-Wein-Wochen
vom 1. - 20. März 1926
200 000 Liter

Obst-, Süd- und Bordeaux-Weine
Preise in halber Dose zu Ankaufspreisen zum Verkauf

Apfel- u. Heidelbeerwein	zuckerfrei	Ltr. 0.87
Fruitwein, Malagatyp	..	0.84
Johannisbeerwein	..	0.96
Kirsch- u. Stachelbeerwein	..	1.02
Erdbeerwein	..	1.44
Tarragona, echt, unversch.	..	1.38
Malaga,	1.68
Samos,	1.92
Mauro Portwein	..	2.52

Wahl „Sanato“ (auch mild)
Ersatzwein „Sanato“ (auch mild)
zum Einleitungspreis
edel, kräftig, süß
Ltr. 2.64
Fl. 2.05

Rotweine „Montagne“ Fl. 0.85, Ltr. 1.08
Feinster Burgunder statt 2.50, Fl. 1.44
Feinste Bordeaux-Weine, 1918-21, statt
bis 5,- nur 1.95
Süßkinds Speziallikör 35% nur Ltr. 3.40

Ausschank vom Paß
Kostproben gratis / Kostproben gratis
Auf alle Spirituosen trotz meiner
billigen Preise

u. anerkannter Qualität extra 5% Rabatt
Alles inklusive Steuer ohne Glas
Kein Engros-Regal - Nur dem Preispublikum!

Likör-Fabrik u. Weingroßhandlung
Hauptgeschäft: Brunnenstr. 42-43
Berlin N: Chausseestraße 76
Berlin N: Müllerstraße 144
Berlin O: Koppenstraße 87
Berlin SO: Grünauer Str. 15
Moabit: Wilsnacker Str. 25
Steglitz: Schloßstraße 121
Neukölln: Berliner Str. 13

Besonders wirksam sind die
kleinen Anzeigen
in der Gesamt-Auflage **billig!**
des Vorwärts und trotzdem



MARGARINE

buttergleich

Tausende von Kühen

liefern täglich die Milch, die in Verbindung
mit edlen Speisefetten der Herstellung von

„Rahma buttergleich“

dient. • Beim Herstellungsverfahren be-
rührt keine Menschenhand die Ware, die
täglich frisch und in stets gleicher Qualität
nach allen Teilen des Reiches versandt wird.
„Rahma buttergleich“ ist an Geschmack
und Nährwert der feinsten Molkereibutter
gleich und kostet

nur 50 Pfg. das 1/2 Pfd.